



Rudi Hechler
Hochstraße 22
Mörfelden
06105-22362
rudi.hechler@dkp-ll.de

Ich bitte Sie um Ihre Stimme

Klimawandel und Profitsucht vertreiben die Menschen

Im Februar 2020 stand auf dem „blickpunkt“-Titel: „Bauen für Frankfurt?“. Die hiesige SPD und andere meinten danach, wir seien „unsolidarisch“.

Das ist Unsinn.

SPD und andere setzen auf den „Frankfurter Bogen“, ein Angebot der Landesregierung: „Ihr stellt Bauland, wir unterstützen“. Aber die Profitmacher sind überall schon da: „Kapitalanleger aufgepasst, wunderschöne Wohnungen im Frankfurter Bogen“, kann jeder im Internet lesen. Teilnehmende Kommunen sollen Förderung erhalten beim Bau von Wohnungen und der Entwicklung von Baugebieten. Was steckt dahinter?

Offiziell heißt es: „Das Programm will den Wohnungsbau im Rhein-Main-Gebiet stimulieren, indem es Anreize für Kommunen schafft, um mehr Baugebiete auszuweisen. Diese Baugebiete sollen im Umkreis von Bahnstationen entstehen, von denen aus der Frankfurter Hauptbahnhof binnen einer halben Stunde zu erreichen ist.“

Was steckt dahinter?

Viele Menschen können in Frankfurt nicht mehr leben

In Frankfurt wird es langsam ungemütlich. Klimawandel. Bald kocht der Asphalt. Vielen Bäumen in den Anlagen geht's nicht mehr gut.

Den Menschen auch nicht. Aktuelle Studien erwarten für die Sommermonate bis 2050 einen Temperaturanstieg von bis zu sechs Grad. Das kann das Leben in den Städten unerträglich machen.

Aber da gibt es noch was. Viele Menschen können in Frankfurt keine Wohnung mehr bezahlen - sie drängen ins Umland. Deshalb ist das Thema „Neues Bauland“ bei uns ja auch in den letzten Monaten ein Hauptthema.

Fakten: Bei Mieten und Kaufpreisen gibt es eine immer größer werdende Preisspanne zwischen Stadt und Land, zwischen Metropolen und Dörfern.

Auch in Frankfurt sind die Wohnkosten viel stärker gestiegen als die Einkommen.

Durchschnittsverdiener finden kaum noch eine für sie bezahlbare Wohnung. Wenn viele Brexit-

**Mehr über die Kandidatinnen und Kandidaten
und das Programm der DKP/LL finden Sie hier:**



www.DKP-LL.de

facebook.com/DKPLinkeListe

instagram.com/dkpmoewa



Banker nach Frankfurt kommen, kriegen die Immobilien-Kapitalisten glänzende Augen. Die meisten Arbeiter und Angestellten haben aber keine Chance. Sie drängen ins Umland.

Kann man hier alles zubauen?

Es ist richtig, abzuwägen und nachzudenken. Angesichts der Klimaentwicklung ist es aber unumgänglich: Die Städte der Zukunft brauchen Frischluftschneisen und grüne Lungen. Die SPD redet drum herum. Aufgeschreckt durch die Bürgerinnen und Bürger, die Unterschriften für den Erhalt der Seegärten auf den Tisch legten, laviert sie, hängt dort Transparente auf, versucht das Seegebiet und die Bürgerbewegung zu spalten. Nur die Frage, ob es denn immer so weitergehen kann. Ob die Zersiedlung unserer Stadt die Zukunft sein soll, beantwortet sie nicht.

Die Entwicklung in Dietzenbach mahnt

Man kann sicher die beiden Städte Mörfelden-Walldorf und Dietzenbach nicht vergleichen. Es gibt aber Beispiele, die Kommunalpolitiker registrieren sollten. Nachdenklich darf man schon werden. „Prognostizierter Bevölkerungszuwachs bringt Stadt Dietzenbach in Notlage“, steht über einem Artikel in der „Frankfurter Rundschau“. Dietzenbach hat heute rund 35.000 Einwohner (unsere Stadt über 34.000). Dietzenbach soll weiter wachsen – 39.000 sind angepeilt. Mörfelden-Walldorf soll auch weiterwachsen. Die SPD u.a. wollen neue Baugebiete. Bis zu 3000 Wohnungen könnten entstehen – also ca. 9000 Menschen Zuwachs. In Dietzenbach leben 13,1 Prozent der Einwohner von der Grundsicherung. Mehr als 20 Prozent der Kinder sind in Dietzenbach auf Sozialleistungen angewiesen. Vor allem kinderreiche Familien suchen Wohnungen, brauchen Hilfe. Sie bekommen sie nicht.

Beispiel Langen

Langen wird schneller groß als gedacht. Innerhalb von acht Jahren soll die Stadt 5000 Einwohner wachsen. 44.000 Einwohner sind für das Jahr 2027 prognostiziert. Vor drei Jahren war noch von 42.000 Bürgern die Rede. Kann man eine solche Entwicklung in unserer Stadt zulassen?

Rings um Frankfurt ähnliche Probleme

Armut könne nicht durch einzelne Maßnahmen beseitigt werden - das hat man in Dietzenbach begriffen. Weiß das auch die hiesige SPD? Die meisten Arbeiter und Angestellten haben in Frankfurt schon keine Chance, eine halbwegs bezahlbare Wohnung zu finden. Familien müssen über ein Netto-Haushaltseinkommen von mindestens 4200 Euro im Monat verfügen, um in Frankfurt eine ihren Ansprüchen genügende Wohnung zu finden. In teureren Lagen müssen sie dafür sogar mehr als 6000 Euro pro Monat verdienen. Sie werden ins Umland getrieben! Weiß das auch die hiesige SPD?

Wie soll es hier weitergehen ?

Neue Baugebiete, neue Bodenversiegelung. Weniger Lebensqualität? Man braucht immerhin eine neue Infrastruktur - Straßen, Sportanlagen, Kindergärten, Schulen.

Mörfelden und Walldorf war immer solidarisch

Früher hat man in Mörfelden und Walldorf Baugebiete ausgewiesen, als Flüchtlinge und Aussiedler nach dem verbrecherischen Nazi-Krieg unterzubringen waren. Oder man brauchte Platz für die Kinder, wenn sie erwachsen waren und Familien gründeten. . . . und es war noch Platz da.

**Mehr über die Kandidatinnen und Kandidaten
und das Programm der DKP/LL finden Sie hier:**



www.DKP-LL.de

facebook.com/DKPLinkeListe

instagram.com/dkpmoewa



Heute gibt es kaum mehr Bauland. Dafür viele Beschränkungen, die zum Schutz des Flugbetriebes und der Umwelt eingerichtet wurden. Die Stadt selbst hat kaum verfügbare Flächen für Wohnungen und Infrastruktur.

Wie das Problem lösen?

Wenn schon gebaut wird, sind die Häuser schnell belegt, wie wir beim Baugebiet Walldorfer Weg sehen. Aber sagen muss man auch: In die Häuser, die direkt an der Bahn stehen, sind nach Angaben der Verwaltung überwiegend Neubürger eingezogen. Das weist uns auf ein Dilemma hin. Neue Baugebiete, neue Straßen, neue Anforderungen. Von Kindergärten bis Sporthallen. Die Stadt allein kann das nicht schaffen.

Die SPD und die anderen Parteien, die jetzt neue Baugebiete vor Ort wollen, sind auf einem Holzweg.

Mehr Baugebiete im Frankfurter Umland bringen mehr Probleme.

Alles vergessen?

Früher kannte die SPD noch Friedrich Engels. Er schrieb 1872-73 „Zur Wohnungsfrage“ u.a.:

„...die schlechten Wohnverhältnisse, die Arbeiter durch den plötzlichen Andrang der Bevölkerung nach den großen Städten erlitten haben; eine kolossale Steigerung der Mietpreise, eine noch verstärkte Zusammendrängung der Bewohner in den einzelnen Häusern, für einige die Unmöglichkeit überhaupt ein Unterkommen zu finden....“.

Das war im Frühkapitalismus. Im heutigen Kapitalismus finden wir immer noch unmenschliche Konzentration und eine chaotische Planlosigkeit, die nur ein Ziel hat: „Schnellen Profit zu erzielen“.

Wir sagen: Die Politik muss Wohnen endlich wieder als Grundrecht verstehen. Mietenwahnsinn und Verdrängung sind keine Naturgesetze.

Wir dürfen das Wohnungswesen nicht dem Kapital überlassen!

Weiß das auch die hiesige SPD?

Die „Party“ der Immobilienkapitalisten muss endlich beendet werden. Immobilienkonzerne müssen vergesellschaftet werden.

Erst dann können Städte endlich wirksam gegen steigende Mieten vorgehen.

Der Markt ist völlig entfesselt. Verantwortlich für diesen Zustand ist eine Wohnungspolitik, die ganz bewusst im Interesse der Immobilienbesitzer geführt wurde. Verantwortlich ist das kapitalistische System, wo alles zur Ware gemacht wird, auch das Menschenrecht auf Wohnen.

Weiß das auch die hiesige SPD?

Wir müssen begreifen:

Corona muss jetzt erstmals bekämpft und der Kapitalismus muss überwunden werden.

Ich bin sicher, viele Sozialdemokraten wissen es . . .
aber man sollte es auch merken!

Herzliche Grüße

Rudi Hechler

**Mehr über die Kandidatinnen und Kandidaten
und das Programm der DKP/LL finden Sie hier:**



www.DKP-LL.de

facebook.com/DKPLinkeListe

instagram.com/dkpmoewa

